

Demokratie hat qualitative, aber auch quantitative Grenzen

"Demokratie ist zweifellos die größte Errungenschaft, zu der wir Menschen es gebracht haben. Was aber, wenn die Klügeren, die Besonnenen und Rücksichtsvollen immer öfter den Schreihälsen weichen, den [Wichtigtuern und den Selbstherrlichen](#)?" Dann haben wir die Herrschaft derer, die durch gezielte Manipulation unsere Scheindemokratie beeinflussen und als Drahtzieher hinter den Kulissen unsere Geschicke und nicht zuletzt unser Eigentum und unsere Werte lenken und ... verscherbeln.

Wir müssen endlich aus dem Jahrzehnte langen Autopilot-Modus aufwachen und uns entsprechend der Macht der Mächtigen zur Wehr setzen - nicht nur mit öffentlichen Appellen und demokratischen Aufrufen an die Politik: das würde nur helfen, wenn wir eine echte Demokratie hätten. Aber diese gibt es nicht und kann es heute auch gar nicht mehr geben, denn:

Das, was Demokratie zum Inhalt hatte, war etwas ganz anderes als das, was wir heute darunter verstehen. Das Wort kommt aus dem altgriechischen und hatte nicht die heutige Bedeutung von Volksherrschaft (demos = das Volk und kratein = herrschen), sondern bedeutete etwas anderes, nämlich Autonomie einer Sippen- oder Dorfgemeinschaft (demos = das Dorf und kratein = Herrschaft im Sinn von Selbstorganisation). Schon den damaligen Menschen war schnell klar geworden, dass jede Form der Selbstorganisation nur in kleinsten sozialen Einheiten möglich wäre. Ein staatliches Gewalt- und Herrschaftsmonopol über Millionen von Menschen war völlig undenkbar.

Gerade weil bzw. indem Demokratie gemeinhin angesehen wird als *'Government by discussion'* (Regierung aufgrund von Diskussion) sind gesellschaftliche Gebilde, die über eine bestimmte Anzahl von Menschen hinausgehen, für die Demokratie ungeeignet. Denn auch Diskussion ist nur möglich in einer sehr begrenzten Anzahl von Teilnehmern. Wird diese Anzahl überschritten, ist kein geordneter Meinungs austausch und damit keine sinnvolle Meinungsfindung mehr möglich. Insofern sind demokratische Staaten keine wirklichen Demokratien, sondern Scheindemokratien, welche die demokratischen Grundrechte über Volksvertreter auszuführen trachten. Inwieweit diese Vertreten den Willen des Rechtssubjekts, also des Wählers, überhaupt ausführen können, kann sich jeder selber ausmalen.

Dies betrifft übrigens nicht nur die (Selbst-)Organisation des Gemeinwohls in der Frage der Entscheidungsträger und ihrer Entscheidungen, sondern auch in der Frage der gegenseitigen Solidarität. Wo man sich selbst heute noch gegenseitig beim Bau von Häusern usw. gegenseitig hilft, sind kleine Dorfgemeinschaften. Auf dieser lokalen Ebene von max. 100 zusammenlebenden Menschen funktioniert das auch recht gut. Bereits bei größeren Gemeinden ist es aber schon unmöglich, dass jeder jedem hilft, weil die Überschaubarkeit der gegenseitigen Hilfe nicht mehr gegeben ist.

Ähnliches gilt für „Schicksals- oder Interessengemeinschaften“, die beispielsweise ihren Strom entweder selber produzieren oder gemeinsam ein Projekt zur Strom- oder Wasserförderungen ihrer Gemeinde erarbeiten. Gemeinschaftsprojekte, die auf kleinerer und mittlerer Gemeindeebene noch durchsetzbar sind, kommen schon bei größeren Städten aufgrund der zunehmenden Zahl unterschiedlicher Interessen schnell ans Ende ihrer Machbarkeit.

Insofern können auch heute nur demokratische Einheiten auf kleinster Ebene miteinander interagieren, ohne jeglichen Herrschaftsanspruch einer übergeordneten sozialen Institution. Ansprüche dieser Art müssen mit ALLEN Mitteln abgewehrt werden, notfalls auch mit Gewalt, nach dem Motto: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Denn nur wer sich wirklich wehrt, hat auch die Chance zu gewinnen. Oder in den Worten des Ordensgründers Johannes Bosco (1815-1888): *"Der Mut der Schlechten stammt aus der Feigheit der Guten. Seid mutig - und ihr werdet sehen, wie sie die Flügel hängen lassen."*

Im Unterschied zu diesen kleinen gesellschaftlichen Einheiten können große (pseudo)demokratische Gesellschaftsgebilde nur über gesellschaftliche

Zwänge funktionieren, mediale oder staatliche Zwänge, welche [normopathische Gesellschaften](#) und dazu entsprechende Gesellschaftsstrukturen entstehen lassen. Das führt dann dazu, dass wir uns beständig einschläfern lassen von selbst hohlsten Politphrasen, die bestenfalls auf dem Niveau der Berichterstattung oder Kommentierung von Fußballspielen liegen - meist sinnlos, geistlos und hin und wieder sogar geschmacklos. Und diese 'Losigkeiten' haben wir mittlerweile zur Staatsräson und zum gesellschaftlich guten Ton erhoben, gegen den zu kritisieren postwendend der medienwirksame Aufschrei folgt. Nach der Boulevardisierung der Presse folgte programmgemäß die Boulevardisierung der Gesellschaft. Und im Gegensatz zur politischen Demokratie hat ausgerechnet dieser mittlerweile längst überwiegende Teil der Gesellschaft das große Sagen.

Dies kann und wird sich auch in postdemokratischen Gesellschaftsformen nicht ändern. Zwar zielt der Terminus «Postdemokratie» nicht darauf, dass das Ende der Demokratie zu beklagen sei, sondern darauf, dass die demokratische Substanz sich zusehends aus dem Ideologischen, Weltanschaulichen, dem im eigentlichen Sinne Politischen, ins Bürokratische verlagert habe. Während demnach die klassische Vorstellung davon ausging, dass der eigentliche Souverän das Volk sei, war entsprechend dem postdemokratischen Ansatz das «Volk» selbst zu einer Funktion verwaltungstechnischer Prozeduren und Ordnungsleistungen geworden, die von nun an das Bild des «autonomen Bürgers» formten. Aber in einer begrenzten Welt, mit begrenzten Ressourcen, eingeschränkten Möglichkeiten und einer hoffnungslosen [Überbevölkerung](#) kann es eine Volkssouveränität so wenig geben wie eine Bürgerautonomie.

Nehmen wir zwei banale Beispiele. Ein Ruderboot mit fünf Personen lässt sich mühelos von einem jeden dieser fünf Personen rudern und steuern. Dazu bedarf es weder einer besonderen Bildung noch Ausbildung. Alles, was notwendig ist, sind ein paar kräftige Arme und ein gesunder Menschenverstand. Bei einem 300.000-Tonnen Tanker und Flugzeugträger – Schiffe, die den gleichen Gesetzmäßigkeiten unterliegen wie das Ruderboot – wird dies kaum gelingen.

Wenn wir im zweiten Beispiel die Statik vergleichen zwischen einem Wolkenkratzer und einem

Weizenhalm, so erkennen wir, dass der Wolkenkratzer im Vergleich zum Weizenhalm an seiner Spitze eine mittlere Kleinstadt zu tragen in der Lage sein müsste, um annähernd das Gewichtsverhältnis einer Weizenähre zu erlangen. Auch dies wird nicht gelingen. Warum? Weil statische Gesetzmäßigkeiten mit dem Festigkeitsgrad von Baumaterialien interagieren und sich letztere nicht beliebig extrapolieren lassen würden. Dies betrifft auch die Kompromissfähigkeit von Menschen und deren Gemeinschaften.

Um einvernehmliche Lösungen im Alltag zu erzielen, bedarf es der Kompromissbereitschaft aller Beteiligten. Kompromisse sind wechselseitige Zugeständnisse des einen an den anderen zum Nutzen beider. Diese Grundregel geht also von zwei Personen aus. Verdoppeln wir diese Zahl, erhöht sich der Schwierigkeitsgrad einer Kompromisslösung mit der Potenz usw. Mit anderen Worten: Spielregeln, Lösungsansätze, Kompromisse usw., lassen sich nicht beliebig von einer Mikroebene auf eine Makroebene übertragen.

Vielmehr trifft hier die Gesetzmäßigkeit zu, nach der jegliche Form von Sozialschmarotzertum direkt proportional zur Größe der sozialen Gruppe anwächst. Während die Jäger- und Sammlersippen der Steinzeit einander noch mehr oder minder vertrauen konnten, weil jedes Schmarotzertum sofort aufgefallen und der Schuldige ausgemacht worden wäre, nahmen die Sozialschmarotzer mit ihren kriminellen Machenschaften in den frühen Stadtgesellschaften überproportional zu und dies trotz der Tatsache, dass dem Schmarotzen damals noch mit Hilfe der Religion bzw. des Ahnenkultes Schranken gesetzt waren (Übeltäter mussten immer davon ausgehen, dass ihre Taten zumindest den Ahnen oder später den Göttern nicht verborgen blieben). Diese soziale Kontrolle entfiel mit der Aufklärung und den gruppendynamischen Missständen war zunehmend Tür und Tor geöffnet.

Unter dieser Gesetzmäßigkeit hatten schon die aufkeimenden Nationalstaaten des 18. Jhs. zu leiden und nur die ‚Unterjochungsfähigkeit‘ der einfachen Bevölkerung machte es möglich, dass einige wenige ihre Interessen den vielen anderen aufoktroyieren konnten. Noch dramatischer wurde es im Fall von nationalstaatlichen oder ethnischen Zusammenschlüssen wie beispielsweise die Donau-Monarchie oder die Sowjetunion. Hier ist das

Interessengemeinde und die dazu indirekt proportionale Kompromissbereitschaft so komplex und miteinander unvereinbar, dass solche Bündnisse nur mit monarchischer oder diktatorischer Gewalt am Leben erhalten werden konnten – und dies auch nur für kurze Zeiten.

Nicht viel anders wird es der Europäischen Union ergehen. Auch hier sind miteinander unvereinbare Kulturen unter ein gemeinsames Dach gezwungen worden, welches von gleichen Weltbildern, Wirtschaftsleistungen, Sozialregelungen, Bildungsinteressen usw. ausgeht, die es aber nicht geben kann. Im Bereich der Wirtschaftsleistungen ist dies seit Jahren überdeutlich. Aber auch in Fragen der Zuwanderung, welche letztlich die sozialen Systeme betreffen, ist eine Einigkeit unter den Mitgliedsstaaten nicht erreichbar.

Nun soll es aber auch nicht nur bei solchen Staatenbündnissen bleiben. Denn im globalen Wettbewerb sind alle nationalen oder supranationalen Regelungen hinderlich. Globalisierung, mithin die Vorstellung einer barrierefreien Welt, macht nur Sinn mit einem freien Wettbewerb, bei dem der Stärkere oder Skrupellosere (i.d.R. trifft beides zu) gewinnt. Denn was immer für nationalen Reglementierungen einfließen, sie würden alle Globalisierungsbestrebungen sofort konterkarieren, indem das eine Reglement automatisch das andere nachzöge und so automatisch in eine Spirale von Reglementierung führte.

Aber auch unter freien Wettbewerbsbedingungen ist Globalisierung kein Selbstläufer. Im Vergleich zwischen dem hoch industrialisierten und zunehmend digitalisierten Norden und dem bevölkerungsreichen, aber gleichzeitig bildungsfernen Süden wird es bei dieser Globalisierung unweigerlich zum Kampf kommen zwischen Ausbeutung durch Lohndumping und High-Tech-Rationalisierung. Der Gewinner steht dabei schon längst fest, jedenfalls was das unmittelbare wirtschaftliche Überleben unter Wohlstand einiger weniger betrifft. Denn immer wenn High-Tech auf einer Hände Arbeit trifft, erzielt sie eine Art Dopplereffekt:

Nehmen wir als Beispiel einen High-Tech-Mähdröschler/Erntehelfer. Solch ein High-End-Gerät kostet im Minimum 100.000 Euro und ersetzt gleichzeitig mindestens 100 Arbeiter (der Dopplereffekt). Das bedeutet: Bei den Weltmarktpreisen für Getreide

sind pro Kilogramm maximal 10 Eurocent Gewinn zu erzielen. Dafür müssten für den Anschaffungspreis eines solche Erntehelfers Eintausend Tonnen Getreide geerntet werden. Gleichzeitig werden pro Erntemaschine mind. 100 Arbeitskräfte ohne Arbeit und Brot dastehen. Das ist die High-Tech-Schere, die den Süden der Welt vom Norden trennt. Und sie wird weiter wachsen.

Was aber, wenn sich das täglich zunehmende Heer der Entrechteten, der Ausgebeuteten, der über den Tisch gezogenen usw., zu denen auch zunehmend mehr Menschen aus dem reichen Norden gehören werden, aufstehen und sich das Unrecht nicht mehr länger bieten lassen wird? Wenn der einzige Trumpf, der ihnen verbleibt, die Leibeskraft und die schiere Grenzenlosigkeit der menschlichen Ressourcen ist, mit denen sie sich zur Wehr setzen werden? Einen Vorgeschmack, auf das, was dann auf den elitären Norden zukommen wird, haben wir die letzten Jahre bereits erleben müssen. Unter der Masse dieser Emigrationsströme werden unsere ohnehin schon am Zerbrechen befindlichen [Fassadendemokratien](#) vollends zerbrechen und bürgerkriegsähnliche Zustände heraufbeschwören.

Dieses Szenario weist auf einen weiteren Missstand hin: eine mittlerweile nicht länger kontrollierbare [Überbevölkerung](#), nicht nur in den südlichen Ländern der Erde, sondern zunehmend auch im Norden, vor allem im alten Europa. Im Gegensatz zur südlichen Halbkugel geht es dabei nicht in erster Linie um ein Ernährungsproblem, sondern um ein Arbeits-, Wohnungs- und globales Umweltproblem. Denn damit verbunden ist eine zunehmend stärker werdende Agglomeration in gigantischen Ballungsräumen – da nur dort die Infrastruktur für entsprechende Arbeitsplätze und damit die Motivation für Investitionen gegen ist –, welche wiederum Umwelt- und Gesundheitsprobleme in ungeahnter Höhe nach sich zöge. Ganz zu schweigen vom höchst ungesunden Leben in diesen riesigen Metropolen.

Wenn wir das Recht der technologischen Ausbeutung der Erde, welches selbst im ökologischen Fußabdruck nur schwach abgebildet wird, allen Menschen zugestehen wollten, müssten 80-90 Prozent der Menschen vom Erdboden vertilgt werden, um diese Erde längerfristig am Leben erhalten zu können. Und selbst wenn wir Technologien schafften und Einschränkungen in Kauf nähmen, welche den

Fußabdruck um vielleicht ein Drittel verbessern helfen würden – mehr als eine Milliarde Menschen verträgt diese unsere Erde nicht. Ohne eine dramatische Bevölkerungsabnahme würde es aus heutiger Sicht nicht gehen.

Damit muss das nächste Pulverfass geöffnet werden. Die politischen Gründerväter unserer deutschen Republik gingen von der verheerenden Fehlannahme eines sog. ‚Generationenvertrags‘ aus, um der Bevölkerung einen menschenwürdigen Lebensabend garantieren zu können. Dieser Vertrag aber war schon von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Denn um nur einem einzigen alten Menschen die Rente bezahlen zu können, müssen unter heutigen Abgabeverhältnissen mindestens zehn jungen Menschen arbeiten. Wenn wir dieses Verhältnis hochrechnen, hieße dies, dass sich die Bevölkerung mit jeder Generation um den Faktor 10 vergrößern müsste, um der jeweils vorhergehenden Generation ein ausreichendes Auskommen in ihrem Lebensabend gewähren zu können.

Dies aber kollidiert mit unserer oben erwähnten Notwendigkeit der dramatischen Bevölkerungsreduktion, um bei gleichbleibender Wohlfahrt diese Erde überlebensfähig zu erhalten. Überlebensfähigkeit der Menschheit und der Erde einerseits und sozialer Wohlfahrtsstaat andererseits sind die beiden Scherenflügel, unter denen die Politik zerschnitten wird, weil sie macht- und tatenlos zusehen muss und nichts ändern kann.

Zu dieser Nullsummen-Schere gesellt sich eine weitere. Der heutige Lebensstandard kann längerfristig nur aufrechterhalten werden, wenn die technologischen Fortschritte mindestens so weitergehen wie bisher – genau darauf und auf der Ausbeutung anderer baut das ‚Wirtschaftswunder‘ des Kapitalismus nämlich auf. Zwar ist es richtig, dass die Auswüchse des unter Reagan und Thatcher ins Leben gerufenen Raubtier-Kapitalismus (die grenzenlose Freiheit der Gier der Märkte) die Reichtum-Armutsschere deutlich schneller wachsen ließ, aber daraus abzuleiten, dass ein unter staatliche Aufsicht gestellter, gemäßigter „[Sozial-Kapitalismus](#)“ dies verhindern würde, ist blanker Unsinn.

Gleichzeitig aber wird dieser technologische Fortschritt die Arbeit weiter wegrationalisieren und damit den Bedarf nach Arbeitskräften minimieren. Fehlende Arbeit für die junge Generation bedeutet

somit automatisch auch fehlende Renten für die alte. Käme dazu noch der gnadenlose Wettbewerb einer globalisierten Welt, würde dies nicht nur die feudalistische Reichtums-Armut-Schere weiter auseinanderklaffen lassen, sondern auch die Schere der Sozialsysteme. Denn soziale Absicherung bis ins hohe Alter ist ein Luxus, den sich in der Vergangenheit nur die leisten können, die auf Kosten anderer leben und wirtschaften – in der Vergangenheit war das der Hochadel und heute sind es die [Exportweltmeister](#) & Co. Mit einer derart ungerechten Verteilung von Wohlstand und Sozialschutz würden sich die Unruhen nicht mehr regional oder national begrenzen lassen. Auch sie würden sich – und dies zu recht – globalisieren. Was würde das bedeuten?

Wir haben in den vergangenen Jahren erkennen gelernt, dass Flüchtlingsströme vor Grenzen nicht halt machen und sich bestenfalls noch über die Anwendung roher Gewalt lenken lassen würden. Dies allerdings würde in eine Gewaltspirale führen, die den gesamten Wohlstand des reichen Nordens samt seinen Grundlagen für lange Zeit zerstören würde. Machen wir uns nichts vor: Wir könnten die erste und vielleicht noch die zweite Flüchtlingswelle erschießen. Spätestens die dritte hätte sich – auf welchen Wegen auch immer – bewaffnet und würde bittersten Widerstand leisten.

Unsere (pseudo-)demokratischen Systeme, die jetzt schon mit der Zuwanderungswelle überfordert waren, würden kollabieren. D.h., es würden sich bürgerkriegsähnliche Zustände entwickeln, bei denen Raub und Mord an der Tagesordnung wären, denn die staatlichen Schutzsystem (Polizei, Feuerwehr, THW usw.) wären hilflos. Wissenschaftler sagen, dass bereits ein Stromausfall von wenigen Wochen unsere gesamte Infrastruktur lahmlegen würde – genau das aber könnte passieren, denn wir haben nicht die Möglichkeiten, unsere Stromtrassen und Elektrizitätswerke rund um die Uhr zu schützen. Ohne Strom aber geht bei uns gar nichts mehr, keine Heizungen, keine Tankstellen, keine Supermärkte, kein gar nichts.

Alleine das kleine und auch nur regionale Katastrophenszenario der heftigen Schneefälle in den Alpen im Januar 2019 hat uns gezeigt, wie schnell unsere staatlichen Hilfssystem an ihre Grenzen kommen. Gerade in solchen Situationen zeigt sich das dramatische Ausmaß der Überbevölkerung ebenso wie der Abhängigkeit von High-Tech-Technik und

Energie in seiner ganzen Tragweite. Der Mensch ist, wie seine tierischen Vorfahren, ein soziale Gruppenwesen und wie diese kann er ohne externe Zwänge (Krieg, Verfolgung, Krankheiten, Ausbeutung etc.) maximal mit einer Gruppenstärke von wenigen Dutzend zurechtkommen.

Die technischen Möglichkeiten mögen diese Gruppenstärke mittlerweile auf einige wenige Hundert erhöht haben, aber Millionen starke Großstadt-dschungel überfordern unsere Denk-, Wahrnehmungs- und Empathiefähigkeiten um ein Vielfaches. Dadurch erhöht sich die Kriminalität in solchen Stadtlandschaften auf drastische Art und Weise. Für derart große Menschenansammlungen ist auch die Demokratie nie geschaffen worden. Ihre Mechanismen und Vorteile kommen bei Großfamilien, Sippen- und Dorfgemeinschaften zur Geltung, wo jeder noch jeden kennt und von daher die Verhaltensweisen einen bestimmten Grad an Berechenbarkeit aufweisen. Sobald diese Berechenbarkeit als Ur-Vertrauensbasis verlorengelht, müssen andere Schutzmechanismen greifen, die ihrerseits aber wiederum soziale Ressourcen aufbrauchen.

Wir stellen fest: Massengesellschaften und Demokratie ist ebenso unvereinbar wie Kapitalismus und Demokratie. Woran liegt das? Bei Letzterem ist es offensichtlich, denn den Kapitaleignern liegt nichts ferner als eine faire Verteilung des Kapitals und der dazugehörigen Ressourcen. Bei den heutigen Massengesellschaften wird uns vor allem durch die Medien, aber auch durch regelmäßige Wahlen vorgegaukelt, wir würden in Demokratien oder demokratischen Systemen leben. Aber das ist nur eine Illusion, denn wie erwähnt, der Einzelne hat weder das Recht noch die Macht sein Leben selbstbestimmt und in relativer Freiheit zu gestalten. Im Grunde kann er nicht einmal die politische Richtung mitbestimmen, denn dies geschieht in den Parteien, wozu er keinerlei Zugang hat. Zudem werden Minderheiten weder bei den Wahlen selber noch innerhalb der Parteien als angemessener Prozentsatz des demokratischen Meinungsspektrums behandelt. Dies wird deutlich in einem [Interview](#) mit dem Psychologen und Kognitionswissenschaftler Rainer Mausfeld, bei dem es um die Denkfehler der modernen Psychologie, die Fehlentwicklung unserer demokratischen Institutionen und die Rolle der Medien dabei geht.

Andererseits ist jede Form von direkter Demokratie über das Mittel des Referendums oder über ‚digitale Wahlen‘ ebenfalls nicht die Ideallösung. Denn einerseits ist die fundierte Meinung eines Teils der Bevölkerung immer besser als die nicht fundierte oder zumindest viel schlechter informierte Meinung der Gesamtbevölkerung, und andererseits betreffen Entscheidungsfragen selten die gesamte Bevölkerung eines Landes. Ähnlich wie bei den verschiedenen Gewerkschaften gibt es verschiedene Bevölkerungsschichten, Berufsbranchen, Regionalverbände usw., für die Entscheidungen anstehen, die dem Rest der Bevölkerung egal sind oder egal zu sein haben.

So betrifft beispielsweise die Frage einer Berufsarmee oder gar einer Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen lediglich denjenigen Teil der Bevölkerung, der darin involviert ist, also in erster Linie die einzugsfähigen Jahrgänge. Ebenso betrifft den Bau von Atomkraftwerken in erster Linie diejenigen, die in unmittelbarer Nachbarschaft dazu wohnen und nicht davon profitieren, aber gefährdet sind. Überhaupt muss bei jeder Entscheidung darauf geachtet werden, wer davon profitiert und wer dadurch in welchem Maß gefährdet ist. Sind es keine eindeutigen Mehrheiten und kann die Entscheidung nicht alleine auf die im Gefährdungsfall davon Betroffenen reduziert werden, muss u.U. anders entschieden werden als durch Wahl.

Demokratie ist mithin ein ständiges Abwägen von mehr oder minder stark berechtigten Interessen auf vielerlei Seiten, wodurch es eine im jeweiligen Fall unabhängige Schiedsstelle oder ein Entscheidungsgremium geben muss, welches eine ausgewogenen Abwägung der Interessen gewährleistet. Gewählte politische Vertreter eigenen sich naturgemäß sehr wenig, da sie Eigeninteressen haben, je nach zu vertretender Klientel oder Interessengemeinschaft. Insofern ist jede Form von repräsentativer Demokratie im Grunde ein Widerspruch in sich. Aber auch unmittelbare demokratische Entscheidungen, die rein auf absoluten Mehrheiten beruhen, sind fehl am Platz, da es oft um relative Mehrheiten für ganz bestimmte Anliegen geht. Dies macht in vielen Fällen eine kommunitaristische Entscheidungsfindung unter Abwägung der Interessensgewichtung notwendig, da nur diese überschaubar und fair sein kann.